

Mit Kirche und Kapital

Vor hundert Jahren wurde Konrad Adenauer, der spätere erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, zum Kölner Oberbürgermeister gewählt

Werner Rügemer

Am 18. September 1917 wählten die beiden bürgerlichen Parteien im Kölner Stadtrat, das katholische Zentrum und die Unternehmerpartei der Liberalen, Konrad Adenauer zum Oberbürgermeister. Aber erst nach der Ermächtigung durch Seine Majestät, Wilhelm II., durfte der Gewählte einen Monat später sein Amt antreten. In seiner Antrittsrede geißelte der für seine Durchhalteparolen bekannte Politiker die »feindliche Eroberungsgier«, die auch »dem Rhein und seiner Metropole« gelte, und lobte den »Heldenmut des für immer geeinten Volkes«. Er schloss kaisertreu: »Wie könnten wir diese für Köln so bedeutungsvolle Stunde würdiger schließen als mit dem von heißer Dankbarkeit durchglühten Schwur der Treue zu Kaiser und Reich, dem Rufe: Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser und König, er lebe hoch, hoch, hoch!«

Kriegswirtschaftliche Steuerung

Der Jurist Adenauer trat 1906 in die katholische Zentrumspartei ein und wurde ohne fachliche Qualifikation zum Beigeordneten der Stadt Köln für Steuern und Märkte gewählt, 1909 zum Ersten Beigeordneten und damit zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters. In dieser Funktion baute er bald die Stadtverwaltung auf Kriegsbedürfnisse um. Köln hatte für die Kriegswirtschaftliche Steuerung eine herausragende Bedeutung, sowohl auf militärischem wie zivilem Gebiet. Die Stadt am Rhein war Festungs- und Garnisonsstadt und wichtiger Standort der neuen Flugindustrie. Von Köln aus starteten Luftschiffe zu ersten Bombenangriffen auf städtische Zivilbewohner in Europa, zuerst gegen das belgische Lüttich (Liège), dann auf Antwerpen und London.

Wegen der Frontnähe wurde die Stadt zu einem Zentrum der Rüstungsindustrie ausgebaut. 1917 hatten die schließlich 700 Rüstungsbetriebe etwa 100.000 Beschäftigte. Köln war zudem ein wichtiger westlicher Verkehrsknotenpunkt, nicht zuletzt für die Schifffahrt.

Die »städtische Kriegsgesellschaft« musste politisch und sozial zusammengehalten werden. Deshalb sorgte Adenauer auch für die unteren sozialen Schichten – in deutlichem Kontrast zur Vorkriegszeit. So unterstützte die Stadt Arbeiterfamilien, die wegen Lohnausfalls des zum Militär eingezogenen Vaters mit ihren Mietzahlungen in Rückstand gekommen waren. Auch sogenannten Kriegerwitwen wurde geholfen. Arbeitslose erhielten Barvorschüsse. In den Schulen finanzierte die Stadt das Frühstück für die Kinder der arbeitenden Frauen.

Im März 1917 wurde Adenauer als einer der ersten mit dem kurz zuvor vom Kaiser gestifteten preußischen »Verdienstkreuz für Kriegshilfe« ausgezeichnet. Im letzten Kriegsjahr 1918 bekam der glühende Monarchist das Eisene Kreuz für Nichtkombattanten 2. Klasse und schließlich noch den Roten Adlerorden IV. Klasse.

Vor der Revolution »gerettet«

Als der Kaiser am 10. November 1918 ins holländische Exil floh, entband er alle Militärs und Beamten von ihrem Eid. Aber Adenauer verurteilte scharf die »schändliche, verhängnisvolle Flucht« des Monarchen. Nun könne, so befürchtete er, »das Land dem Bolschewismus in die Arme treiben«.

Als 200 revolutionäre Matrosen sich im November 1918 mit dem Zug Köln näherten und ihre inhaftierten Kameraden in der Festung befreien wollten, verlangte Adenauer von deren Kommandeur den Einsatz der in Köln stationierten Soldaten und die Verhaftung der Aufständischen auf offener Strecke. Doch Generalleutnant Konrad Kurt Krüge, dessen Offiziere getürmt waren, unternahm nichts und verhinderte damit wahrscheinlich ein Blutbad.

Die Matrosen gelangten zum Hauptbahnhof und wurden von den SPD-Politikern Wilhelm Sollmann und Johann Meerfeld abgefangen. Sie gründeten bei einer Volksversammlung in der Kölner Festhalle Gürzenich einen Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Vorsitzender Sollmann wurde. Adenauer wendete sich blitzschnell um 180 Grad und stellte dem neuen Souverän im Rathaus Räume, Telefone, Schreibkräfte, Schreibmaschinen und Papier zur Verfügung. Aber er gründete gleichzeitig den »Wohlfahrtsausschuss« mit Vertretern der Parteien und der Unternehmer und ließ sich zum Vorsitzenden wählen. Diesem Ausschuss kam die Aufgabe zu, für öffentliche Sicherheit sowie das Transport- und Gesundheitswesen zu sorgen. Er bildete die

Schaltstelle zwischen der Verwaltung und dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Letzterer durfte Beauftragte in alle städtischen Gremien entsenden, vergaß aber beispielsweise, Adenauer und die anderen Repräsentanten der bisherigen Unordnung abzusetzen. Adenauer rühmte sich lebenslang, zusammen mit dem Kölner SPD-Chef Sollmann den Arbeiter- und Soldatenrat ausgetrickst und damit »die Rettung der Stadt aus der Revolution« vollzogen zu haben.

Nach dem Krieg wetterte Adenauer lautstark gegen das »Diktat von Versailles«. Vom deutschen Volke habe »man ein Schuldbekenntnis erpresst«. Durch die »unerträgliche Knechtschaft und Sklaverei« werde »die nationale und staatliche Existenz vernichtet«, die deutsche Wirtschaft zerstört, »unsere Kinder welken«, Millionen Deutsche werden »einem langsamen Tode preisgegeben«. So äußerte er sich in seiner Funktion als Präsident des Deutschen Katholikentags 1922 in München. Er geißelte den »Kommunismus«, der das deutsche Volk »entchristlichen« wolle. Er geißelte die »Entartung der Großstadtbewohner« und die »Sitten- und Autoritätslosigkeit«, die im »gemarterten Volk« notwendigerweise genauso entstünden wie »Materialismus und Mammonismus«.

Als Alternative dazu pries Adenauer das Christentum, die katholische Kirche und das katholische Zentrum. Auch Papst Benedikt XV. habe vor dem Versailler Vertrag gewarnt. »Sozialpolitik« sei notwendig, sie könne sich an 1.900 Jahren christlicher Barmherzigkeit orientieren. Adenauer beschwor »die Katholiken Amerikas, Belgiens, Englands, die Katholiken der ganzen Welt und alle, die sich noch zum Namen Christi bekennen«: »Verhütet das Sterben eines Volkes von 60 Millionen!«

Großkapital und High Society

Der wichtigste Förderer Adenauers war zunächst der Kölner Bankier Louis Hagen. Seine Bank Levy war spezialisiert auf die Finanzierung neuer Industrie, zum Beispiel von Felten und Guillaume in Köln, dem damals größten Unternehmen für Land- und Seekabel. Hagen war an Konzernen des Ruhrgebiets wie Thyssen beteiligt und organisierte Fusionen und Kartelle, etwa das Sprengstoffkartell. In den 1920er Jahren wurde er Mitglied in Dutzenden von Aufsichtsräten: 1927 waren es 58, 1930 bereits 93. Man nannte ihn den »König der Aufsichtsräte« im Deutschen Reich. Hagen war zudem seit 1909 Kölner Stadtverordneter. Zunächst Mitglied der Liberalen Partei, trat er 1919 zu Adenauers Zentrum über. Von 1915 bis 1932 war er Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer.

Mit Hagen, den Bankiers von Oppenheim, Paul Silverberg (Rheinische AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, RAG), dem Bankier Robert Pferdenges (Dresdner Bank und Sal. Oppenheim), Richard Stollwerck (Schokoladenunternehmen), Max Clouth (Gummiwerke), Alfred Leonhard Tietz (Kaufhäuser), dem Verleger August Neven DuMont (*Kölnische Zeitung*, *Kölner Stadt-Anzeiger*) und dem aufsteigenden Privatbankier Kurt Freiherr von Schröder, neuer Chef der alteingesessenen Kölner Investmentbank J. H. Stein, gründete Adenauer 1928 in kleiner Männerrunde den Rotary-Club Köln. Präsident war Pferdenges, lebenslang Adenauers heimlicher Spendenbeschaffer, auch in dessen späterer Zeit als Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender.

Der Kölner OB wurde in ein Dutzend Aufsichtsräte berufen, z. B. der Deutschen Bank, der RAG, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), der Ruhrgas sowie der Luft Hansa. Dort traf er auch die wichtigsten Industriellen und Bankiers des Deutschen Reiches: August Thyssen, Albert Vögler, Florian Klöckner, Friedrich Flick, Paul Silverberg, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach und Carl Duisberg. In diesem Kreis wurde Adenauer bald zum politischen Wunschkandidaten. 1925 schrieb August Thyssen an ihn: »Hörtlich kommt bald die Stunde, wo Sie mit tüchtigen Leuten an die Spitze der Regierung treten, die unsere Bedürfnisse verstehen.«

Separatismus und Westintegration

Gegen das »Diktat von Versailles« sympathisierte das Adenauer-Milieu zunächst mit Vorschlägen für eine »rheinische Republik«. Eine andere Variante hieß Rheinisch-Westfälische Republik, westdeutsche Republik oder Rheinstaat. Der sollte durchaus zum Deutschen Reich gehören, aber nicht der Weimarer Verfassung unterliegen. 1923 sondierten Adenauer und Hugo Stinnes in Paris, ob dort Interesse an einer westeuropäischen Wirtschaftsunion bestehe, Lothringen, Belgien und Luxemburg inbegriffen. Aber es klappte nicht.

1923 schloss sich der Kölner Oberbürgermeister der ein Jahr zuvor gegründeten Paneuropa-Union an, ab 1925 leitete er die Ortsgruppe des Europäischen Kulturbundes. Die Förderer Adenauers waren hinsichtlich Verfassung wie Territorium nicht auf einen bestimmten Staat festgelegt, sondern suchten einen Staat, der ihren Interessen am besten dienen würde.

Die USA organisierten nach dem Krieg für das Deutsche Reich ein Kreditprogramm. 1924 trat es als Dawes-Plan in Kraft, benannt nach Charles Dawes von der National City Bank in New York. Sein Stellvertreter war Owen Young, Chef von General Electric. Damit sollte die deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut werden – aber, wie beim Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg, so sollte auch die Ansiedlung von US-Unternehmen erleichtert und der Absatz von Waren aus den Vereinigten Staaten gefördert werden.

Mehr als die Oberbürgermeister anderer Städte nutzte Adenauer den Dawes-Plan. Über Wall-Street-Banken ließ er Kölner Kommunalanleihen mit sieben Prozent Rendite an US-Anleger verkaufen. Der Autokonzern Ford hatte 1926 seine erste Niederlassung in Berlin eröffnet. Adenauer holte 1930 die zweite Ford-Niederlassung und die deutsche Ford-Zentrale nach Köln.

Dabei spielten Steuervorteile eine Rolle, die der OB heimlich an den Stadtverordneten vorbei gewährte.

Am 26. Januar 1931 besuchte der US-Botschafter in Deutschland, Frederic Sackett, die Ford-Fabrik. Adenauer kündigte erfreut die Eröffnung der Zweigstelle Köln der Amerikanischen Handelskammer an. Gegenüber Sackett äußerte er: »Von Ihrem Lande erwartet Europa die führende Hand. (...) Ich habe die Überzeugung, dass Ihr großes und starkes Land, Herr Botschafter, die weltgeschichtliche Rolle, die das Geschick ihm zugewiesen hat, erfasst hat und dass es den Mut und das Vertrauen zu sich und der Welt hat, im geeigneten Augenblick die Führerschaft auf dem Wege zur wirklichen politischen und wirtschaftlichen Befriedung Europas mit entschlossener Hand zu übernehmen.« Sackett, reicher Unternehmer im Bereich der Energiewirtschaft, befürwortete später die Regierungsübernahme durch Hitler: »Aus Sicht stabiler politischer Bedingungen ist es vielleicht gut, dass Hitler nun in einer Situation ist, die gesamte Macht zu übernehmen.«

Mit einigen der »Ruhrbarone« tat sich Adenauer 1928 im Bund zur Erneuerung des Reiches (BER) zusammen. Man forderte ein autoritäres Präsidialsystem, um der neomodischen Republik – sie barg ja die »Gefahr des Kommunismus« – Einhalt zu gebieten. Ziel war eine neue Form der Monarchie mit eingeschränkten Rechten einer Volksvertretung. Privatwirtschaftliche Investitionen sollten langfristig gesichert werden. Die meisten BER-Mitglieder gehörten auch dem Geheimbund »Ruhrlade« an, gegründet in der Villa Hügel des Rüstungsindustriellen Krupp. Der Bund finanzierte die nationalistischen und antimarxistischen Parteien und auch das Zentrum, schließlich auch die NDSAP.

»Volk ohne Raum«

Adenauer engagierte sich in der Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG), in der sich auch führende Industrielle wie der frühe Hitler-Finanzier Emil Kirdorf (Gelsenberg AG, Vereinigte Stahlwerke) tummelten. Sie forderten die Kolonien zurück, die Deutschland durch den Vertrag von Versailles verloren hatte.

Der Kölner Oberbürgermeister ließ in der 1928 von ihm organisierten internationalen Presseausstellung »Pressa« in Köln eine koloniale Sonderschau einrichten. Dort prangte ein Plakat mit dem Adenauer-Zitat: »Das Deutsche Reich muss unbedingt den Erwerb von Kolonien anstreben. Im Reiche selbst ist zu wenig Raum für die große Bevölkerung. Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben und darum Kolonien.« Daneben waren zwei Landkarten aufgestellt: Eine kleine Deutschland-Karte mit der Überschrift »60 Millionen ohne Raum«, daneben eine große Afrikakarte mit der Überschrift »Raum ohne Volk«.

Als Vizepräsident der DKG organisierte Adenauer 1931 eine große Kolonialkundgebung. Laut der *Übersee- und Kolonialzeitung* wandte er sich als Hauptredner gegen »die Haltlosigkeit der kolonialen Schuldlüge« der Siegermächte. Er forderte »aus wirtschaftlichen, vor allem aber aus ethischen Gründen die Rückgabe der deutschen Kolonien«. Es sei unhaltbar, dass man Kleinstaaten wie Portugal, Belgien und Holland »riesige Kolonialräume mit Millionen von Eingeborenen« anvertraue, dem »größten Volk Europas aber, den 60 bis 80 Millionen Deutschen, jeden Raum zur freien Entfaltung seiner Kräfte« verweigere und die Deutschen »von der großen Kulturaufgabe der Leitung und Erziehung der unmündigen Völker« ausschließe.

Von 1920 bis 1933 war Adenauer auch Präsident des Preußischen Staatsrats. Innerhalb der Weimarer Republik wurde der Freistaat Preußen als halbmonarchischer Wurmfortsatz beibehalten, der Preußische Staatsrat war das Oberhaus zum Preußischen Landtag. Adenauer und Co. nutzten den Freistaat Preußen – er nahm zwei Drittel des Territoriums des Deutschen Reichs ein – als Gegengewicht gegen die Weimarer Demokratie.

Adenauer warb 1932 den Staatsrechtler Carl Schmitt für die 1919 neueröffnete Kölner Universität an. Seit 1925 hatte sich die Kölner Zentrumspartei an diesem späteren Kronjuristen Hitlers orientiert. Der brachte Adenauers etwas holperige Krisenanalyse auf ein »wissenschaftliches« Niveau: Allgemeine Wahlen und Parlamentarismus seien eine überholte bürgerliche Erscheinung. Notwendig sei ein Führer, der mit einem »starken Staat« die »freie Wirtschaft« schütze.

Aufstieg und Scheitern

Als Oberbürgermeister Kölns förderte Adenauer den Ausbau der Messe und des Flughafens, ebenso die Autoindustrie und den Bau großer Straßen. Er setzte 1927 die Rennstrecke Nürburgring in der Eifel durch und förderte den Allgemeinen Deutschen Automobil-Club (ADAC), der sich verpflichtete, dort Rennen zu organisieren. Noch vor Hitlers Machtübernahme weihte er 1932 den ersten Autobahnabschnitt ein, zwischen Köln und Bonn.

Durch den Ausbau des ehemaligen Fischerdorfs Niehl zu einem Industriegebiet samt Hafen würden 50.000 Arbeitsplätze entstehen, hatte Adenauer behauptet. Als endlich die Glanzstoff-AG als erstes großes Unternehmen 1926 hier mit der Kunstseidenproduktion begann, versprach die Stadtverwaltung 10.000 neue Arbeitsplätze – in der kurzen Blütezeit zwei Jahre später waren es lediglich 2.500. Die zweite große Ansiedlung war die von Ford 1930 – hier entstanden maximal 600 Stellen. Adenauers kommunale Standortpolitik war Teil der Wirtschaftspolitik seiner Kompagnons: Wirtschaften auf Kredit, Bank- und Unternehmensgewinne sichern, Arbeitsplätze in Aussicht stellen.

Für seine Großprojekte – Grüngürtel, Universität, Mülheimer Brücke, Flughafen, Industriehafen und Industriegebiet Niehl, Stadion und Messe – organisierte Adenauer Kredite und Anleihen von befreundeten Kölner Banken sowie der Deutschen Bank und ab 1924

im Rahmen des Dawes-Plans an der Wall Street.

Die hohe Kreditfinanzierung wäre aber nur bei allgemeinem, stetigem Wachstum und Lohnerhöhungen langfristig sinnvoll gewesen. Sie bewirkte natürlich das Gegenteil: Krise, Rezession, Arbeitslosigkeit. Als es in Folge des Börsencrashes in den USA im Oktober 1929 auch in Deutschland zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise kam, kürzten die Reichsregierung, die preußische Regierung und die Kölner Stadtverwaltung ganz selbstverständlich im Sozialbereich und bei den unteren Schichten der Bevölkerung. Ab 1929 war der städtische Haushalt zerrüttet. Adenauer stoppte die Schuldentilgung. Die üblichen Kredite wurden nicht mehr gewährt, auch weil er der Wall-Street-Bank Lee, Higginson & Co. schon 1928 heimlich ein Vorrecht für die Kreditrückzahlung zugestanden hatte.

Reicher Spekulant

Nach dem Vorbild seiner Freunde sorgte Adenauer auch für sich selbst. Seine bis 1933 stetig wachsenden Einkünfte umfassten erstens ein hohes Einkommen als Oberbürgermeister, zweitens die exzessive Erstattung seiner Wohnkosten, drittens Tantiemen aus einem Dutzend Aufsichtsratsmandaten bei Deutscher Bank, RWE, Luft Hansa usw., viertens Entschädigung und Tagegelder als Präsident des Preußischen Staatsrates, fünftens persönliche Geld- und Aktienspenden von Bankern und Unternehmern und sechstens Gewinne aus Insider-Wertpapiergeschäften.

Ende 1927 war sein Aktiendepot 1,298 Millionen Mark wert, nach heutiger Kaufkraft etwa acht Millionen Euro. Seine Einkünfte des Jahres 1930 gab er mit 108.250 Mark an, für 1932 mit 114.000 Mark, wobei das Wohngeld von 43.000 Mark nicht enthalten waren. Das wären nach heutiger Kaufkraft 700.000 bis 800.000 Euro. In diesen Jahren bettelten vor seiner Kölner Villa und in umliegenden Straßen zahlreiche Arbeitslose, die vom Vermögen ihres Bürgermeisters keine Ahnung hatten.

1930 sickerte durch, dass Adenauer sich katastrophal verspekuliert hatte. Die Glanzstoff-AG mit der Niederlassung im Kölner Gewerbegebiet ließ im Frühjahr 1928 in New York neue Aktien der US-Tochter American Glanzstoff Corporation an die Börse bringen. Für den Verkauf der Aktien an Freunde legte Glanzstoff-Direktor Fritz Blüthgen einen Sonderfonds in Amsterdam an. Das war die neben der Schweiz damals beliebteste Finanzoase der deutschen High-Society. Adenauer nutzte sie ganz selbstverständlich. Er kaufte die Aktien mit Hilfe eines Millionenkredits der Deutschen Bank. 1929 mit der in den USA aufkommenden Finanzkrise stürzte der Aktienwert ab: 1928 betrug der Kurswert 1,33 Millionen Mark, im Oktober 1929 lediglich noch 110.000 Mark. Die Deutsche Bank forderte die Rückzahlung des Kredits, hielt das aber vor der Öffentlichkeit geheim, auch nach 1933 (und auch nach 1945).

»... meinetwegen auch Hitler«

In der politischen Krise ließ sich der Spekulant vom Staatsrechtler Carl Schmitt beraten, dem er den Lehrstuhl an der Kölner Universität verschafft hatte. Ab August 1932 plädierte Adenauer, der von Anfang an Benito Mussolini bewunderte, für die Beteiligung Hitlers an der Reichsregierung. »Die Zentrumspartei verlangt dringend den Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung. Sie wird bereit sein, alsdann diese Regierung zu tolerieren. Der Begriff des Tolerierens ist dehnbar zwischen politischer Mitarbeit und Gewehr bei Fuß stehen.«

Im Kölner Rotary-Club warb Adenauer am 12. Dezember 1932 dafür, »dass, sobald die politische Lage das erlaubt, in Preußen eine Regierung zusammen mit den Nationalsozialisten (...) gebildet wird«. Als Präsident des Preußischen Staatsrats erklärte Adenauer im Februar 1933, dass in Preußen »eine Regierungsbildung zwischen NSDAP und Zentrum sofort möglich« sei, und zwar mit Hermann Göring als Ministerpräsident.

Nach seiner Absetzung durch die NSDAP schrieb Adenauer im Juni 1933 an die befreundete Bankiersgattin Dora Pferdenges: »Meines Erachtens ist unsere einzige Rettung ein Monarch, ein Hohenzoller oder meinetwegen auch Hitler«. Adenauer konstatierte, dass auch seine eigene Partei leider nicht in der Lage gewesen sei, »sich dem neuen Geist zu öffnen«. Er bejahte die Variante Hitler als die nach den Umständen einzig mögliche Lösung. Für die Rettung des kapitalistischen Systems nahm er jeden »Kollateralschaden« in Kauf, auch Faschismus und Krieg. So wurde Adenauer nach Hitlers Ende der ideale Politiker für die Gründung eines Separatstaates namens BRD.

Werner Rügemer schrieb an dieser Stelle zuletzt am 2. Mai 2016 über das Freihandelsabkommen TTIP und die Gewerkschaften. Von ihm erschien kürzlich in 2. Auflage in diesem Jahr im Kölner Pappy-Rossa-Verlag »Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/318407.mit-kirche-und-kapital.html>